

Im **militärischen Bereich** sind Wiederbewaffnung und Integration in das westliche Bündnis unabdingbar miteinander verflochten.

Überlegungen zur Aufstellung einer Schutztruppe in der Bundesrepublik datieren bereits vom August 1950, ihre Stärke sollte der bereits aufgestellten kasernierten Volkspolizei der DDR entsprechen. Der Korea-Krieg verstärkte für die Westalliierten die Notwendigkeit, die militärische Kraft der Bundesrepublik für die Verteidigung heranzuziehen. Nachdem eine Einbeziehung in die 1949 gegründete NATO nicht ohne weiteres möglich erschien, nachdem weiterhin die Gründung der EVG an französischen Bedenken wegen eines übergroßen Souveränitätsverzichts gescheitert war, wurde 1954 die Bundesrepublik in den Brüsseler Vertrag von 1948, der damit zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert wurde, aufgenommen. Das war einerseits die Voraussetzung zur Aufnahme in die NATO, andererseits die Basis für eine Einbindung der wiedererstehenden deutschen Armee in die Rüstungskontrollinstrumente der WEU.

Parallel dazu band die Sowjetunion die DDR in ihr Wirtschafts- und Bündnissystem ein. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass Partei und Regierung der DDR wesentlich stärker auf die politischen und ideologischen Vorgaben aus Moskau ausgerichtet waren als es die Bundesregierung ihrerseits war.

So war die **Angleichung an das sowjetische Modell** oberstes politisches Ziel, die im September 1950 begründete Mitgliedschaft im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) sollte vorrangig der Intensivierung der Beziehungen unter den sozialistischen Staaten und der wirtschaftlichen Festigung des Sozialismus dienen. In Innern bedeutete das ein weiterer Ausbau der „Volkseigenen Betriebe“, eine verstärkte Kollektivierung der Landwirtschaft und eine absolute Vorherrschaft der Partei in wirtschaftlichen Dingen (Fünfjahrplan etc.).

Im Mai 1955 wurde in Warschau der „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ („**Warschauer Pakt**“) unterzeichnet, der einerseits ein Gegengewicht gegen die NATO schaffen sollte, andererseits aber auch die militärischen Strukturen der Ostblockstaaten (sowjetische Oberbefehlshaber und Berater, Ausrüstungs- und Versorgungsabhängigkeit der Mitglieder) dem Führungsanspruch der Sowjetunion unterordnete. Damit stelle die UdSSR der NATO ein eigenes Sicherheitsbündnis gegenüber und bildete ein „Vereintes Kommando der Streitkräfte“. Das bedeutete die militärische Integration der DDR mit Betriebskampfgruppen und NVA (gegründet unter Einbeziehung der kasernierten Volkspolizei am 18.1.1956).

Diese Entwicklungen standen prinzipiell unter dem Zeichen der **politischen Konfrontation des Kalten Krieges** und seiner ideologischen Komponenten. Auf westlicher Seite ist hier der Übergang von der Politik des „Containment“, der Eindämmung des sowjetischen Einflusses, zur Politik des „Roll back“ (Politik der Befreiung von Ländern, die unter kommunistischem Einfluss stehen), die eine Verhärtung im Konfrontationskurs seitens der USA und eine neue Stufe im Kalten Krieg bedeutet. Die sowjetische Seite vertrat dagegen Shdanows Zwei-Lager-Theorie vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Welt.

An konkreten Ereignissen ist vor allem der **Korea-Krieg** zu nennen, der für die Westmächte eine Beteiligung der Deutschen an der Verteidigung des Westens und damit die Wiederbewaffnung Deutschlands unverzichtbar machte.

Die **Politik der UdSSR** dagegen war, obwohl sie prinzipiell auf die Wahrung ihrer Machtstellung achtete, in der deutschen Frage noch relativ offen. Sie bot 1952 (Stalin-Note) die Wiedervereinigung Deutschlands unter einem neutralen Status an. Die Bundesregierung und die Westmächte sahen diesen Vorstoß allerdings als einen Versuch an, die EVG-Verhandlungen zu torpedieren.

Das Ost-West-Verhältnis von den 50er Jahren bis 1962

Die 50er Jahre standen prinzipiell unter dem Zeichen der **politischen Konfrontation des Kalten Krieges** und seiner ideologischen Komponenten. Auf westlicher Seite steht hier der Übergang von der Politik des „Containment“, der Eindämmung des sowjetischen Einflusses, zur Politik des „Roll back“ (Politik der Befreiung von Ländern, die unter kommunistischem Einfluss stehen). Dieser Übergang bedeutet eine Verhärtung im Konfrontationskurs seitens der USA und eine neue Stufe im Kalten Krieg. Die sowjetische Seite vertrat dagegen Shdanows Zwei-Lager-Theorie vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Welt.

An konkreten Ereignissen ist vor allem der **Korea-Krieg** zu nennen, der für die Westmächte den aggressiven Charakter der kommunistischen Welt offenbarte und eine Beteiligung der Deutschen an der Verteidigung des Westens und damit die Wiederbewaffnung Deutschlands unverzichtbar machte.

Die **Politik der UdSSR** war im Innern ihres Machtbereiches aus Unterdrückung jeglicher Opposition oder abweichenden Meinung ausgerichtet. Aufstände in der DDR (1953), in Polen und Ungarn (1956) wurden blutig niedergeschlagen und mit einer straffen Bindung der politischen Führungen in den Ländern an die Sowjetunion beantwortet.

In der deutschen Frage war die UdSSR, obwohl sie prinzipiell auf die Wahrung ihrer Machtstellung achtete, anfangs noch relativ offen. Sie bot 1952 (Stalin-Note) die Wiedervereinigung Deutschlands unter einem neutralen Status an. Die Bundesregierung und die Westmächte sahen hinter diesem Vorstoß allerdings die Absicht, die EVG-Verhandlungen zu torpedieren.

Den Umschlag brachte dabei das Jahr 1957 mit dem erfolgreichen Abschuss eines Satelliten (Sputnik) in die Erdumlaufbahn, den die Sowjetunion als großen technischen Triumph feierte. Die sowjetische Führung sah damit die Überlegenheit über die USA erreicht und ging zur **Konfrontation** über. Aus dieser Position der (vermeintlichen) Stärke heraus stellte Chruschtschow 1958 das Berlin-Ultimatum, das den Status quo im Sinn der UdSSR ändern sollte.